Die politische Lage in Deutschland

Wenn nicht wir, wer sonst?

Konsolidierung des Haushaltes ist notwendig

Christian Wulff für das Amt des Bundespräsidenten nominiert. Der Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten hat uns alle überrascht und enttäuscht. Wir bedauern diesen Rücktritt und danken ihm für seine geleistete Arbeit. Mit unserem niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff haben CDU, CSU und FDP einen Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten nominiert, der über eine breite politische Erfahrung verfügt. Er hat von der SPD ein marodes Land übernommen, Niedersachen aber in kürzester Zeit zu einem modernen, starken Vorzeigeland weiterentwickelt. Er regiert dabei mit großer Umsicht, Weitblick und auf der Grundlage eines festgefügten Wertefundaments. Christian Wulff zeichnet es aus, dass er zusammenführt und stets offen und neugierig auf die Menschen zugeht. Wir sind sicher, dass er ein hervorragender Bundespräsident werden wird.

Christian Wulf hat schon seine Amtsführung als Ministerpräsident immer jenseits der Parteipolitik interpretiert. Er ist der Ministerpräsident aller Niedersachsen. Er wird auch der Bundespräsident aller Deutschen sein. Vor diesem Hintergrund ist es unerträglich, wenn die Opposition von einer parteitaktisch motivierten Kandidatenkür spricht und suggeriert, ein parteiloser Kandidat wäre grundsätzlich besser geeignet. Wo war diese Einstellung, als die Sozialdemokraten einen ausrangierten Ministerpräsidenten ins oberste Staatsamt hievten, um diesem seinen persönlichen Lebenstraum zu erfüllen. Es mutet schon merkwürdig an, dass in der SPD immer dann der Ruf nach vermeintlich unabhängigen Kandidaten laut wird, wenn sie selbst nicht über eine Mehrheit in der Bundesversammlung verfügen. Haben sie diese aber, so haben sie bislang noch immer ihren eigenen Kandidaten durchgesetzt. Wenn man ein solches Verhalten noch als Geplänkel der Opposition abtun mag, so ist das Verhalten von weiten Teilen der Medien gänzlich unentschuldbar. Das diese sich im plumper Art und Weise unreflektiert zum Sprachrohr der Opposition machen lassen, lässt Zweifel an der Überparteilichkeit und Seriosität dieser Medienvertreter aufkommen. Wir wehren uns entschieden gegen eine solche Kampagne gegen einen der erfolgreichsten deutschen Ministerpräsidenten der letzten Jahrzehnte. Wir werden alles daran setzen, damit Christian Wulff zum 10. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt wird.

Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik: In einer Sondersitzung der Bundestagsfraktion haben wir in dieser Woche über die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten. Dabei ist deutlich geworden, dass mit den Vorschlägen der Bundesregierung ein faires und ausgewogenes Programm vorliegt, das in die richtige Richtung weist. Insgesamt sollen bis zum Jahr 2014 durch den Abbau von Subventionen, der Beteiligung von Unternehmen, Einsparungen in der Verwaltung und der neuen Akzentuierung von Sozialgesetzen rund 81,6 Mrd. Euro weniger Schulden aufgenommen werden.

Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik. Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden. Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir diesen Weg beschritten: 2009 haben wir im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert. Bereits vor dem Ausbruch der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Nachkriegsgeschichte standen wir kurz davor, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Diesen Weg setzen wir nun konsequent fort. Eine nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushaltes macht Einsparungen auch in den Bereichen Arbeit und Soziales erforderlich. Diese beiden Bereiche machen allein über die Hälfte der Bundesausgaben aus. Also ist es unabdingbar, dass auch hier Einschnitte erfolgen. Nur auf diese Weise wird es uns möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage sind. Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt: Schulden machen ist unsozial.

Uns ist dabei natürlich bewusst, dass wir bei keinem Sparvorschlag auf tosenden Beifall oder großen Jubel stoßen werden. Wir wissen auch, dass wir mit zum Teil heftigen Reaktionen von nahezu allen gesellschaftlichen Gruppierungen rechnen müssen. Wir sind aber nicht angetreten, um uns bejubeln zu lassen, sondern um das zu tun, was im Interesse unseres Landes getan werden muss. Wir allein stehen in der Verantwortung und wir wissen um die Schwere der Aufgabe. Wohin Sozialdemokraten und Linke ein Land führen, das wissen Deutsche in Ost und West nur zu gut. Wer also, wenn nicht wir, soll Deutschland aus der Krise führen?

Die Woche im Parlament

In 1. Lesung haben wir in dieser Woche das **Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte** beraten, welches ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien, ungedeckte Leerverkäufe von Staatsschuldtiteln der Eurozone und Kreditderivate (CDS) auf Staatsschuldtiteln der Eurozone, die keinen Absicherungszwecken dienen, verbietet. Zudem werden Ermächtigungsgrundlagen geschaffen, durch die das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) weitere Geschäfte verbieten können.

In 1. Lesung stand das **Gesetz zur Änderung wehr- und zivildienstrechtlicher Vorschriften 2010** zur Beratung an. Damit setzen wir die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung um, die Dauer des Grundwehrdienstes bis spätestens Januar 2011 von neun auf sechs Monate zu verkürzen. Die Verkürzung des Grundwehrdienstes geht mit einer entsprechenden Verkürzung des Zivildienstes einher. Die Regelung gilt erstmals für Wehr- und Zivildienstleistende, die ihren Dienst ab 1. Juli 2010 antreten werden. Mit der Verkürzung mussten weitere Folgeänderungen festgelegt werden, wie z.B. die Abschaffung des abschnittsweisen Grundwehr- und Zivildienstes. Der Zivildienst kann zukünftig freiwillig verlängert werden.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union wollen auf dem Europäischen Rat am 17./18. Juni 2010 in Brüssel als Nachfolgekonzept der Lissabon-Strategie die neue Strategie „Europa 2020" beschließen. Dies soll die Volkswirtschaften der Europäischen Union zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum für bessere Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt befähigen. Unser Antrag **Europa 2020 – Die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union braucht realistische und verbindliche Ziele** befürwortet die neue Strategie, unterstützt aber zugleich die kritische Haltung der Bundesregierung zu einzelnen Zielen und Vorgaben. Wichtig ist jetzt, aus den Schwächen der Lissabon-Strategie zu lernen und das neue Konzept erfolgreicher zu machen. Der Koalitionsantrag ist zugleich Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Art. 23 Abs. 3 GG i. V. m. § 9 EUZBBG.

Mit dem **Bundesbericht für Forschung und Innovation 2010** unterrichtete uns die Bundesregierung über die verschiedenen Elemente des deutschen Forschungs- und Innovationssystems. Der Bericht zieht zugleich eine Bilanz der Reformen und stellt eine Antwort auf das **Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit 2010** der Expertenkommission Forschung und Innovation dar, das in dieser Woche ebenfalls vorgestellt wird.

In 2. und 3. Lesung stand das **Gesetz zur Vermeidung kurzfristiger Marktengpässe bei flüssiger Biomasse** zur Verabschiedung an, mit dem das Erfordernis der Nachhaltigkeitszertifizierung auf den 1. Januar 2011 verschoben wird, um kurzfristige Marktengpässe auf dem Markt für flüssige Biomasse zu verhindern. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die zu seiner Ausführung erlassene Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung schreiben vor, dass flüssige Biomasse (z.B. Rapsöl, Palmöl, Sojaöl) ab 1. Juli 2010 grundsätzlich nur noch dann nach dem EEG vergütet werden kann, wenn sie nachhaltig hergestellt worden ist. Die Nachhaltigkeit muss im Rahmen eines Zertifizierungsverfahrens nachgewiesen werden. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass der hierfür vorausgesetzte Aufbau privatwirtschaftlich organisierter Zertifizierungsstrukturen mehr Zeit in Anspruch nimmt als bei Erlass der Verordnung erwartet.

Wir haben in dieser Woche den Antrag der Bundesregierung zur **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)** beraten. Das Bundestagsmandat soll bis zum 30. Juni 2011 verlängert werden, wobei die personelle Obergrenze von 800 auf 300 Soldaten abgesenkt wird. Die deutsche Marine hilft als Teil des seit 2006 laufenden VN-Einsatzes, den Waffenschmuggel an die radikal-islamische Hisbollah zu verhindern. Künftig wird der Schwerpunkt der deutschen Beteiligung bei der Ausbildung und dem Fähigkeitenaufbau der libanesischen maritimen Streitkräfte liegen. Sowohl die libanesische als auch die israelische Regierung haben ausdrücklich um die Aufrechterhaltung des deutschen Engagements gebeten.

Auch die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS)** stand zur Beratung an. Das Bundestagsmandat soll bis zum 15. August 2011 verlängert werden. Die VN-Mission ist als stabilisierendes Element zur Wahrung der Sicherheit der Zivilbevölkerung im Sudan unverzichtbar. Die deutschen Kräfte leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Die personelle Obergrenze des deutschen Beitrages beträgt weiterhin 75 Soldaten, die im Schwerpunkt zur Wahrnehmung von Militärbeobachteraufgaben und in von UNMIS gebildeten Stäben und Hauptquartieren eingesetzt sind.

Auch die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID)** haben wir in dieser Woche beraten. Das Bundestagsmandat soll ebenfalls bis zum 15. August 2011 verlängert werden. Diese VN-Mission dient als stabilisierendes Element der Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und begleitet die politischen Bemühungen um ein Ende der dortigen Krise. Die personelle Obergrenze des deutschen Beitrages wird von 250 Soldaten auf 50 reduziert, weil der strategische Lufttransport nicht abgefragt wurde.

Daten und Fakten

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Union erfolgreich. Die Zahl der Erwerbslosen ist im Mai erneut deutlich gesunken. Im Vergleich zum Vormonat ging sie um 165.000, im Vergleich zum Vorjahr um 217.000 Personen zurück. Insgesamt waren im vergangenen Monat 3.242.000 Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote sank damit um 0,4 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent. Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ging zugleich ein Zuwachs der Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einher: Saisonbereinigt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im April um 38.000 auf 40,12 Mio., die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März um 82.000 auf 27,38 Mio.
(Quellen: Bundesagentur für Arbeit & Statistisches Bundesamt)

Aufschwung gewinnt an Fahrt: Nach zwei schwachen Quartalen erholt sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland deutlich. Für den Zeitraum April - Juni wird ein kräftiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,7 Prozent erwartet. Maßgeblich für den Aufschwung sind die Industrie und Bauwirtschaft. Insbesondere das produzierende Gewerbe wuchs im ersten Quartal um stattliche 3,1 Prozent. Eine gute Auftragslage in der Industrie und deutliche Zuwächse im Export sprechen zudem für einen Aufschwung, der sich zunehmend stabilisiert.
(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Landesgruppe Niedersachsen
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:
Michael Grosse-Brömer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de